

Antworten

Wir sehen große Übereinstimmungen mit dem Konzept des Forums Bildungspolitik in Bayern zur Bildungspolitik von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN IM BAYERISCHEN LANDTAG.

1. Heterogenität, also unterschiedliche Interessen und Fähigkeiten, unterschiedliche Herkunft, unterschiedliches Wissen und Können, ist ein Charakteristikum einer jeden Gesellschaft. Jedes Kind ist anders, lernt anders, hat andere Fehler, hat eigene Stärken. Zutrauen in das eigene Können, Lernerfolg und Lernfreude sind die beste Motivation für Leistung in der Schule.
2. Weil bereits vor der Schule die Weichen für die Zukunft gestellt werden, ist die Förderung in den ersten Jahren besonders wichtig. Wer Kinder in dieser Lebensphase bildet, verschafft ihnen gerechtere und bessere Startchancen und bereichert die Erziehung in der Familie. Für einen starken Start ist die Qualität in den Kindertagesstätten entscheidend. Nötig sind kleine Gruppen und gut ausgebildete ErzieherInnen mit genügend Zeit und Gestaltungsspielraum, um sich dem einzelnen Kind widmen zu können. Besonderes Augenmerk gilt dabei der Sprachförderung. Frühkindliche Bildung heißt nicht Verschulung. Erzieherinnen und Erzieher brauchen bessere Bedingungen in der Aus- und Weiterbildung sowie in der Arbeit mit den Kindern und Eltern.
3. Eine gute frühkindliche Bildung und Betreuung braucht besonders gut ausgebildetes Personal. Der bereits bestehende Mangel an ErzieherInnen sowie der Rechtsanspruch ab 1. Juli 2013 auf Betreuung aller Kinder, die älter als ein Jahr sind, haben die Debatte um die Reform der ErzieherInnenausbildung neu befeuert. Daneben werden ebenso der Ausbau von Qualifizierungsmöglichkeiten für KinderpflegerInnen, bessere Umschulungsangebote für QuereinsteigerInnen und die Verkürzung der Ausbildungszeit als eine Strategie zur Gewinnung zusätzlicher Fachkräfte diskutiert. Für uns ist unstrittig, dass wir auch in unserem Bundesland mehr Erzieherinnen – und vor allem mehr Erzieher brauchen. Wir wollen dafür sorgen, dass sich mehr junge Menschen, insbesondere Männer, für die ErzieherInnenausbildung interessieren. Wir wollen zudem mehr pädagogisches Personal mit Migrationshintergrund gewinnen. Unser Ziel ist eine fundierte, praxisnahe Ausbildung auf hohem Niveau, die Entwicklungschancen ermöglicht und angemessen vergütet wird.
Die Qualität der Schule ist abhängig von der Qualität der Lehrkräfte. Ihre Aus- und Weiterbildung muss sich mit den veränderten Lernbedürfnissen und Lebensverhältnissen der Heranwachsenden wandeln und sich stärker an den Herausforderungen des Lern- und Lebensortes Schule orientieren. Die nach

Lehrkräften unterschiedlichen Studiengänge zementieren die Abgrenzung der Schularten, ohne der Qualität des Unterrichtens zu dienen. Deswegen wollen wir mit unserer Bildungspolitik die Rahmenbedingungen so gestalten, dass Lehrerinnen und Lehrer ihre Tätigkeit ausfüllen können. Wir wollen den Lehrkräften mehr als bisher ermöglichen, Lernbedürfnisse zu erkennen, die Stärken der SchülerInnen intensiv zu fördern und mit den SchülerInnen an ihren Schwächen zu arbeiten. Statt den Lehrplan starr durchpeitschen zu müssen, bekommen die Lehrkräfte Freiraum für ihr pädagogisches Handeln, bessere Arbeitsbedingungen und eine verbesserte Schul- und Unterrichtsorganisation.

Lehramtsstudierende sollen frühzeitig die Schulpraxis erfahren. Zudem muss sich das Studium am zukünftigen Arbeitsplatz orientieren und den JunglehrerInnen vielfältige und gut geeignete Grundlagen mitgeben. Die verschiedenen Lehramtsausbildungen sollen sich an den Altersstufen der SchülerInnen orientieren, nicht an den Schularten.

4. Innerhalb der Schulverwaltung wollen wir mehr Kompetenzen „von oben nach unten“ verlagern, damit Schulen mehr selbst regeln können und so die Verantwortung für besseres Lernen übernehmen. Die Gestaltungsspielräume und die Selbstverantwortung der Schulen müssen erweitert werden, damit die Schulen ihr „Kerngeschäft“ Unterricht besser an der Situation ihrer SchülerInnen, der Schule in ihrem Umfeld und ihrem Schulprofil ausrichten/abstimmen können. In einem ersten Schritt wollen wir das Schulprofil „Selbstständige Schule“ einführen. Das soll den Schulen erlauben, die Schul- und Unterrichtsgestaltung selbstständig nach eigenen pädagogischen Zielen zu gestalten, anstatt in das enge Korsett der ministeriellen Vorgaben gepresst zu sein. In weiteren Schritten werden Beamten- und Schulrecht so zu reformieren sein, dass Schulen selbst einen Teil ihres Personals auswählen können und mehr Finanzverantwortung übertragen bekommen. Dies ermöglicht ein Schulbudget, das nach sozialer Lage der Schule und ihren besonderen Herausforderungen (belastungsorientierte Budgetierung) bemessen ist.

Unser Modell der demokratischen Schule bezieht die SchülerInnen mit ein. Die Vermittlung grundlegender Werte muss sich als roter Faden durch den Unterricht ziehen. Wir setzen uns außerdem für eine Verbesserung der Erziehungspartnerschaft Eltern-Schule ein. Der Elternwille ist für uns entscheidend - etwa bei der Wahl der weiterführenden Schule nach Klasse vier.

5. Wir wollen längeres gemeinsames Lernen mit der Einführung von Gemeinschaftsschulen ermöglichen. Die Gemeinschaftsschule respektiert die Verschiedenheit und verlangt nicht von allen das Gleiche zur gleichen Zeit, sondern unterstützt jeden in seiner Gesamtentwicklung. Von der Grundschule bis zum ersten (mittleren) Abschluss gehen alle SchülerInnen auf die Gemeinschaftsschule.

Längeres gemeinsames Lernen macht den frühen Übertrittsdruck unnötig. Darüber hinaus trägt es zur Sicherung der wohnortnahen Schule bei, weil Kinder an ihrer weiterführenden Schule vor Ort alle Abschlüsse und Anschlüsse für die Wege von der dualen Ausbildung bis zum Abitur erreichen können.

Konkret wollen wir durch eine Änderung des BayEUG (Bayerisches Gesetz über das

Erziehungs- und Unterrichtswesen) weitergehende Schulmodelle ermöglichen. Auf Antrag sollen sich so Schulen ab der Sekundarstufe I zu Gemeinschaftsschulen entwickeln können, die allen SchülerInnen ein wohnortnahes weiterführendes Schulangebot sichern und den steigenden pädagogischen Anforderungen an die Schulqualität Rechnung tragen können.

6. Grundsätzlich sollen Eltern und Lehrkräfte bei der Entscheidung über den Bildungsweg der Kinder zusammenwirken. Wir wollen die abschließende Entscheidung über die weiterführende Schule in die Hand der Eltern legen. Wir GRÜNE sind davon überzeugt, dass die Eltern mit der Entscheidung behutsam umgehen. Die verbindliche Grundschulempfehlung und die verpflichtende Vorgabe eines bestimmten Notendurchschnitts soll damit ersetzt werden. Die Beratungsgespräche würden ein neues Gewicht bekommen. Die Eltern sollen von Anfang an bis zur anstehenden Schullaufbahnentscheidung in der 4. Klasse durch eine regelmäßige Beratung der Grundschule unterstützt werden. Diese beruht auf einer differenzierten, kontinuierlichen Beobachtung des Kindes hinsichtlich seiner Lern- und Leistungsentwicklung, seiner Lern- und Arbeitshaltung, seiner Lernwege, seiner Stärken und Lernpräferenzen und seiner Potenziale. Die Erziehungspartnerschaft „Schule – Elternhaus“ wird dadurch gestärkt. Der Auslesedruck aufgrund der frühen Trennung der Kinder in drei Schularten nimmt dadurch ab.
7. Durch die Einstellungspolitik des Kultusministeriums erleidet die Attraktivität des Lehrberufs erheblichen Schaden. Jedes Jahr haben wir eine absurde Situation: Gut ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer stehen nach dem Referendariat auf der Straße, während gleichzeitig quer durch alle Schularten der Unterricht ausfällt. Dazu kommt: Junglehrkräfte werden vor allem nach Oberbayern und Mittelfranken abgezogen. Um die Unterrichtsversorgung in anderen Regionen aufrecht erhalten zu können, werden zusätzliche Stellen angekündigt, die Anstellungsbedingungen sind aber so schlecht, dass freie Stellen nicht besetzt werden können.

Auch wenn die Zahlen der Schülerinnen und Schüler insgesamt zurück gehen, wachsen die Aufgaben der Lehrerinnen und Lehrer immer mehr. Es empfiehlt sich nicht nur auf die Lehrer-Schüler-Relation zu starren, sondern wahrzunehmen, dass die Relation Lehrer - zu erteilende Unterrichtszeit nicht besser wird. Das liegt etwa am Ausbau gebundener Ganztagsklassen, der längeren individuellen Schulzeit der SchülerInnen an Mittelschule und Realschulen oder am gemeinsamen Unterricht von behinderten und nicht behinderten Kindern und Jugendlichen an der Regelschule.

Gute pädagogische Arbeit, individuelle Förderung, innovative Unterrichtskonzepte, Inklusion und Ganztagsangebote brauchen verlässliche Rahmenbedingungen. Eine solide und kalkulierbare Personalpolitik sichert: personelle Kontinuität an den Schulen vor Ort, ausreichend Lehrerstellen für die Unterrichtsversorgung plus Ressourcen für individuelle Förderung (z.B. für teamteaching), für musische, sportliche, kulturelle Bildung und für praktisches Lernen.

Gegen eine intransparente und nicht verlässliche Stellenpolitik, setzen wir eine Politik der verlässlichen Rahmenbedingungen, die den Akteuren vor Ort die nötigen Handlungsspielräume gibt.

Vor ein paar Jahren haben sich Bund und Länder auf dem ersten Bildungsgipfel verständigt, zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Bildung und Forschung bereitzustellen. Seitdem gibt es Streit um die Berechnung und wechselseitige Schuldzuweisungen. Wir fordern, dass dem Kindeswohl ein höherer Rang eingeräumt wird als dem Kooperationsverbot.

8. Das Thema Bildung lässt sich nicht auf den Schulunterricht beschränken. Die außerschulische Jugendbildung ist ein wichtiger Bestandteil der bayerischen Bildungslandschaft. Neben dem Schulunterricht muss deswegen der Jugendarbeit dringend mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden und die Ausgaben dafür erhöht werden. Die bisherigen Mittel können keine bedarfsgerechte Finanzierung der Jugendarbeit gewährleisten. Es sollte daher zumindest ein Inflationsausgleich für steigende Kosten berücksichtigt werden.
9. Schulische Inklusion ist eine pädagogische Herausforderung auf hohem Niveau und bedeutet, dass allen Menschen die gleichen Möglichkeiten offen stehen, an qualitativ hochwertiger Bildung teilzuhaben und ihre Potenziale zu entwickeln. Dafür müssen die Ressourcen von Anfang an stimmen. Deshalb ist Inklusion ein Schwerpunkt unseres Bildungshaushaltes.

Wir schaffen mehr Lehrerinnen- bzw. Lehrerstellen

- für eine zügige Aufstockung der Stellen für Sonderpädagogik an Regelschulen
- für mehr Stunden für die Lehrkräfte an der Regelschule
- um kleinere Klassen zu bilden
- für eine gezielte individuelle Förderung
- für die Zusammenarbeit mit den Sonderpädagoginnen und -pädagogen im Kollegium
- für Zweitlehrkräfte
- für eine wesentlich bessere Ausstattung des Mobilen sonderpädagogischen Dienstes.

Für die vielfältigen Mehrkosten bei Schulbau, Schulumbau und Schüler- und Schülerinnenbeförderung sollen den Kommunen Mittel des Landes zugewiesen werden.